

N i e d e r s c h r i f t

über die 18. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 20.06.2022 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 17:15 Uhr (einschließlich nichtöffentlicher Teil)
Ort: Sport- und Festhalle Neustadt/Orla, Friedhofstr. 1, 07806
Neustadt an der Orla

Anwesenheit:

Anwesend:

Fraktion der CDU
Bias, Marko
Chudasch, Jonas
Franke, Thomas
Gersdorf, Katrin
Hanna, Allam, Dr. med.
Herrgott, Christian
Modde, Michael
Orosz, Peter
Sachse, Carsten
Smailes, Sandra
Weiße, Ralf
Zapf, Marcel

Fraktion der AfD
Bentz, Manfred
Bohnhardt, Marc
Fischer, Jörg
Linke, Johannes
Rham, Matthias
Thrum, Uwe
Winkler, Stephan

Fraktion der UBV
Fiedler, Marcus
Kleindienst, Wolfgang
Meyer, Christian
Querengässer, Gerd
Weigelt, Thomas

Fraktion Die LINKE
Kalich, Ralf
Möller, Klaus
Rebelein, Dieter, Dr.
Weithase, Helga
Wetzel, Roland

Fraktion der SPD

Feike, Anette
Kanis, Regine
Kleebusch, Enrico, Dr.
Roßner, Marc

Fraktion der FDP

Ortwig, Volker
Scherf-Michel, Sandra

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Beyer, Kerstin
Heynisch, Jens, Dr.
Jahn, André
Käßner, Mandy
Lautenschläger, Yvonne
Pieter-Junge, Madlen
Spitzweg, Anja, Dr.
Unger, Philipp
Weiß, Sandra
Wollschläger, Brit

Entschuldigt:

Fraktion der CDU

Neumüller, Alex (dienstl. Gründe)
Völm, Arnfried, Dr. (Urlaub)
Weidermann, Thomas, Dr. med.

Fraktion der AfD

Bergner, Heiko (Urlaub)
Brandenstein, Wolfram von (krank)

Fraktion der UBV

Grau, André (krank)
Weidermann, Frank (dienstl. Gründe)

Fraktion Die LINKE

Lukas, Almut (pers. Gründe)

Fraktion der FDP

Seidel, Marco (pers. Gründe)

Bündnis 90/Die Grünen

Geiler, Janina (pers. Gründe)
Richter, Steve (dienstl. Gründe)

Schriftführerin:

Kerstin Täumel

Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes gemäß § 103 ThürKO
2. Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Kreistages am 07.03.2022 (öffentlicher Teil)
3. Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/088/2022
4. Schulnetzplan des Saale-Orla-Kreises für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027
Vorlage: KT/086/2022

5. Anträge
 - 5.1. Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Berufung einer sachkundigen Bürgerin in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
Vorlage: AN/081/2022
 - 5.2. Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Neuregelung der Besetzung von Ausschuss-Sitzen
Vorlage: AN/082/2022
 - 5.3. Antrag der Fraktion Die LINKE bzgl. "Der Saale-Orla-Kreis - eine wirtschaftlich starke Region"
Vorlage: AN/083/2022
 - 5.4. Antrag der UBV-Fraktion - Bevorstehenden Kollaps des Gesundheitswesens im Saale-Orla-Kreis abwenden
Vorlage: AN/084/2022
6. Informationen/Sonstiges
7. Anfragen

Der Landrat eröffnet die 18. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Zu TOP 1 Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes gemäß § 103 ThürKO

Das Kreistagsmitglied Reinhard Rheber, AfD-Fraktion, hat aus gesundheitlichen Gründen sein Kreistagsmandat niedergelegt. Mandatsnachfolger ist Herr Johannes Linke. Der Landrat verpflichtet Herrn Linke auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten als Kreistagsmitglied mit Handschlag.

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Kreistages am 07.03.2022 (öffentlicher Teil)

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 17. Sitzung des Kreistages am 07.03.2022 (öffentlicher Teil).“

206-18/2022

**Zu TOP 3 Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/088/2022**

Die Juristin, Frau Dr. Spitzweg, erläutert, dass diese Änderung auf Grund des Beschlusses der Satzung des Jugendparlamentes und der durch das Thüringer Landesverwaltungsamt gegebenen Hinweise erforderlich geworden ist. Es handelt sich um Regelungen zur Entschädigung für Mitglieder des Jugendparlamentes als sonstige ehrenamtlich Tätige.

Herr Möller fragt nach, ob die Regelungen der Satzung des Jugendparlamentes umsetzbar sind, ohne dass die Geschäftsordnung des Kreistages zu ändern ist.

Frau Dr. Spitzweg führt aus, dass die Geschäftsordnung aus diesen Gründen nicht geändert werden muss, da die Satzung des Jugendparlamentes durch den Kreistag beschlossen wurde und somit die rechtliche Grundlage bildet.

Der Kreistag fasst mit

**23 Ja-Stimmen und
10 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten Fassung.“

207-18/2022

**Zu TOP 4 Schulnetzplan des Saale-Orla-Kreises für die Schuljahre 2022/2023 bis
2026/2027**

Vorlage: KT/086/2022

Der Fachdienstleiter Schulverwaltung, Herr Jahn, gibt einführende Erläuterungen zur Beschlussvorlage. Dabei führt er u.a. aus, dass dem Antrag der Grund- und Gemeinschaftsschule Tanna auf Schulartänderung mit Beschluss des Kreistages zur Integration der Klassenstufen 1 bis 4 in die Gemeinschaftsschule bereits entsprochen wurde und in dem vorliegenden Schulnetzplan berücksichtigt ist. Eine weitere Änderung ergibt sich aus der Auswertung der Schülerzahlprognose hinsichtlich des Fortbestandes der Regelschule Wurzbach. Es liegen keine Ausnahmetatbestände vor, die den alleinigen Fortbestand der Schule rechtfertigen, so dass der Schulnetzplan ein Kooperationsmodell mit der Regelschule Remptendorf vorsieht.

Es wurden schriftliche Anhörungen aller Schulen sowie Schulsitzgemeinden durchgeführt sowie individuelle Anhörungen der Regelschulen Wurzbach und Remptendorf. Zusammenfassend sieht der Schulnetzplan keine signifikanten Änderungen, außer den o.g. vor.

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Frau Kanis, schildert die Arbeit des Ausschusses seit Januar 2020 und informiert, dass der Ausschuss die Auswirkungen der Gesetzesänderungen auf das Schulnetz erörterte und sich insbesondere mit der Schülerzahlentwicklung und der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen der Schulen befasste.

Der Landrat ergänzt die Ausführungen von Herrn Jahn und führt aus, dass ein Schulnetzplan vorgelegt wurde, der für 5 Jahre Gültigkeit besitzt. Von den 38 Schulen ist für 37 der alleinige Fortbestand gewährleistet. Die Regelschule Wurzbach wird definitiv nicht die notwendige Schülerzahl erreichen, so dass eine Kooperation mit der RS Remptendorf vorgesehen ist, um den Schulstandort zu erhalten. Dieser Vorschlag hat die Zustimmung der Schulkonferenz Wurzbach erhalten, die von Remptendorf leider nicht. In den Gesprächen konnte kein Konsens erzielt werden. Hauptargument war, dass die erforderliche Lehrerzahl nicht verfügbar ist. Dieses Problem kann aber nur durch das Land gelöst werden, so dass die Verwaltung bei dem Vorschlag, ab dem Schuljahr 2023/24 beide Schulen zusammenzuführen, bleibt.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Kreistagsmitglieder Herr Thrum, Herr Kleindienst, Frau Kanis, Frau Gersdorf, Herr Kalich, Herr Linke, Landrat Fügmann, Herr Dr. Rebelein und Herr Modde.

Fachliche Nachfragen werden durch Herrn Jahn beantwortet.

Herr Thrum signalisiert, dass die AfD-Fraktion keine Zustimmung zur Vorlage erteilen kann. Er kritisiert in seinen Ausführungen, dass ein schriftliches Anhörungsverfahren der Schulen direkt durchgeführt wurde und nicht der Schulkonferenzen. Außerdem erhielt er keine Möglichkeit der Einsichtnahme in die Stellungnahmen der Schulen und sieht darin eine Verletzung der Informationspflicht des Landrates. Er vertritt die Meinung, dass den Regelschulen Wurzbach und Remptendorf nur unzureichende Beratung und Beteiligung zuteil wurde.

Herr Kleindienst moniert, dass die Vorlage des Schulnetzplanes seiner Meinung nach viel zu spät erfolgt ist, da der vorhergehende Plan bereits seit 2020 keine Gültigkeit mehr habe. Seine Fraktion vertritt die Meinung, dass im schriftlichen Anhörungsschreiben an die Schulleiter ein Verweis auf die Beteiligung der Schulkonferenz zwingend notwendig gewesen wäre. Außerdem vermisse er die Herstellung des Benehmens mit den Kommunen. Des Weiteren müsste seiner Meinung nach dem Schulnetzplan eine Prioritätenliste durchzuführender Maßnahmen als Anlage beigefügt sein. Seiner Auffassung nach hätten mit der Schulkonferenz der RS Remptendorf 2 Anhörungen durchgeführt werden müssen.

Herr Kleindienst bringt folgende **2 Änderungsanträge zur Beschlussvorlage** ein.

- „1. *Der Beschluss des Kreistages Nr. 59-5/2015 vom 16.03.2015 zur Übertragung des Grundstückes der Turnhalle „Straße des Friedens“ in Pößneck an die Stadt Pößneck wird aufgehoben.*
2. *Die Turnhalle „Straße des Friedens“ in Pößneck wird in den Schulnetzplan 2022/2023 – 2026/2027 unter „Staatliches Gymnasium Pößneck“ aufgenommen.“*

und

„Im Schulnetzplan 2022/2023 – 2026/2027 wird bei der Grund- und Regelschule Ranis unter „notwendige Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen“ die Instandhaltung des Schulhofes und des Parkplatzes der Lehrer aufgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt die Schätzkosten und den Zeitraum der Maßnahme mit anzugeben.“

Frau Kanis widerspricht den Ausführungen von Herrn Thrum und Herrn Kleindienst und betont, dass eine Anhörung der Schulen nur bei Änderungen im Schulnetzplan lt. Gesetz erforderlich ist.

Es wurden aber alle Schulen angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Nachdem eine negative Stellungnahme von Remptendorf eingegangen ist, fand eine zweite Anhörung mit der gesamten Schulkonferenz statt. Ebenso wurden alle Schulstandortgemeinden angeschrieben und um Stellungnahme gebeten.

Zu den Änderungsanträgen der UBV-Fraktion führt sie Gegenrede.

Frau Gersdorf signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum vorliegenden Schulnetzplan und betont, dass ihre Fraktion die Form und den Umfang der durchgeführten Anhörungen für ausreichend hält.

Herr Kalich bittet darum, dass im Schulnetzplan auf Seite 25 bei der Grundschule Blankenstein unter der Rubrik Sportanlage die durch die Gemeinde errichtete Kleinsportanlage aufgenommen wird, die auch durch die Grundschule genutzt wird. Weiterhin bittet er um eine Übersicht im Bildungsausschuss, wie der Stand der Digitalisierung an den Schulen ist.

Herr Linke bittet um Informationen hinsichtlich der aufgeführten Schülerherkunftsorte von Bayern und Sachsen und einen Ausblick, welche Schulen ab 2027 von der Zentralisierung betroffen sein könnten.

Landrat Fügmann spricht sich energisch gegen den Vorwurf aus, dass die Anhörungen nicht korrekt abgelaufen seien und erläutert das durchgeführte Verfahren, auch hinsichtlich der Anhörung der Kommunen.

Gegenrede führt er zu den Änderungsanträgen der UBV-Fraktion. Die Belegung der Turnhalle in der „Griebse“ mit Flüchtlingen soll keine Dauerlösung sein, so dass diese nach den Sommerferien wieder für den Schulsport nutzbar sein sollte. Es gibt gute Gespräche mit dem SV Pößneck zur Nutzung der Turnhalle „Straße des Friedens“ für den Vereinssport.

Zum Antrag die Grund- und Regelschule Ranis betreffend, stellt der Landrat fest, dass es ein klares Programm für die Abarbeitung der einzelnen beschlossenen Baumaßnahmen gibt. In der vom Kreistag festgelegten Reihenfolge werden die Maßnahmen beim Fördermittelgeber angemeldet. Die Finanzierung der im Antrag geforderten Maßnahmen ist in keiner Weise gegeben.

Herr Dr. Rebelein signalisiert im Namen der Fraktion Die LINKE die Zustimmung zum Schulnetzplan und bezeichnet es als unfair, dass Anträge in den Kreistag gebracht werden, die vorher nicht im Ausschuss besprochen wurden, um eine Abwägung zu treffen.

Herr Modde unterstützt den Änderungsantrag von Herrn Kleindienst bzgl. der Turnhalle „Str. des Friedens“. Seiner Meinung nach kann ein Sportverein eine Turnhalle nicht alleine betreiben. Die Halle sollte im Schulnetzplan für den Schulsport aufgenommen werden. Der Landrat erwidert, dass die Kapazität in Pößneck mit 4 Turnhallen für den Schulsport völlig ausreichend ist, eine Übernahme der Hallen für den Vereinssport ist für den Landkreis finanziell nicht zu leisten.

Herr Dr. Hanna beantragt eine Unterbrechung der Sitzung von 10 Minuten vor der Abstimmung zum Schulnetzplan für die Verständigung in den Fraktionen. Diesem Geschäftsordnungsantrag wird **mehrheitlich** entsprochen.

Pause: 15:10 Uhr bis 15:20 Uhr

Nach Fortsetzung der Beratung zu TOP 4 wird durch Herrn Modde informiert, dass er im Stadtrat Pöbneck dafür werben wird, dass sich die Stadt hälftig an den Betriebskosten für die Turnhalle „Straße des Friedens“ beteiligt, wenn der Änderungsantrag der UBV-Fraktion die Zustimmung erhält.

Dem **Änderungsantrag der UBV-Fraktion die Turnhalle „Straße des Friedens“** in Pöbneck betreffend, wird mit

**25 Ja-Stimmen,
5 Gegenstimmen und
3 Enthaltungen**

zugestimmt und der Kreistag fasst damit folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt:

1. Der Beschluss des Kreistages Nr. 59-5/2015 vom 16.03.2015 zur Übertragung des Grundstückes der Turnhalle „Straße des Friedens“ in Pöbneck an die Stadt Pöbneck wird aufgehoben.
2. Die Turnhalle „Straße des Friedens“ in Pöbneck wird in den Schulnetzplan 2022/2023 – 2026/2027 unter „Staatliches Gymnasium Pöbneck“ aufgenommen.“

208-18/2022

Der **Änderungsantrag der UBV-Fraktion** bzgl. *Aufnahme in den Schulnetzplan 2022/2023 – 2026/2027 bei der Grund- und Regelschule Ranis unter „notwendige Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen“ die Instandhaltung des Schulhofes und des Parkplatzes der Lehrer ...* wird mit

**7 Ja-Stimmen,
20 Gegenstimmen und
9 Stimmenthaltungen**

abgelehnt.

Der Kreistag fasst mit

**29 Ja-Stimmen und
7 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt den Schulnetzplan des Saale-Orla-Kreises für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027.“

209-18/2022

Zu TOP 5 Anträge

**Zu TOP 5.1 Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Berufung einer sachkundigen Bürgerin in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
Vorlage: AN/081/2022**

Herr Thrum begründet den Antrag der AfD-Fraktion.

Der Landrat führt Gegenrede. Aus seiner Sicht verfügen die Mitglieder des Bildungsausschusses über hohe Sachkunde. Frau Leucht ist stellvertretende Elternsprecherin einer Schule von 38 staatlichen Schulen im SOK, die jeweils einen Sprecher und mehrere Stellvertreter haben. Seiner Meinung nach müsste ein Nominierungsverfahren innerhalb der Elternsprecher durchgeführt werden, um eine transparente Entscheidung zu treffen.

Herr Thrum beantragt im Namen der AfD-Fraktion „**namentliche Abstimmung**“ zum Antrag.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung:

Mit „Ja“ stimmen folgende Kreistagsmitglieder:

Herr Bentz, Herr Bohnhardt, Herr Fiedler, Herr Fischer, Herr Dr. Kleebusch, Herr Kleindienst, Herr Linke, Herr Meyer, Herr Querengässer, Herr Rham, Herr Thrum, Herr Weigelt, Herr Winkler

Mit „Nein“ stimmen folgende Kreistagsmitglieder:

Herr Fügmann, Herr Bias, Herr Chudasch, Frau Feike, Frau Gersdorf, Herr Dr. Hanna, Herr Herrgott, Herr Kalich, Frau Kanis, Herr Modde, Herr Möller, Herr Orosz, Herr Ortwig, Herr Dr. Rebelein, Herr Roßner, Herr Sachse, Frau Scherf-Michel, Frau Smailes, Herr Weiße, Frau Weithase, Herr Wetzel, Herr Zapf

Der Antrag wird mit

**13 Ja-Stimmen bei
22 Gegenstimmen**

abgelehnt und der Kreistag fasst somit folgenden Beschluss:

„Der Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Berufung einer sachkundigen Bürgerin in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (AN/081/2022) wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt.“

210-18/2022

**Zu TOP 5.2 Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Neuregelung der Besetzung von Ausschuss-Sitzen
Vorlage: AN/082/2022**

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
5 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt folgende Neuregelung in der Besetzung von Ausschuss-Sitzen der AfD-Fraktion:

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Familie:

Mitglied: Herr Johannes Linke (anstelle von Herrn Rheber)

Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Regionalentwicklung:

Vertreter: Herr Johannes Linke (anstelle von Herrn Rheber).“

211-18/2022

Zu TOP 5.3 Antrag der Fraktion Die LINKE bzgl. "Der Saale-Orla-Kreis - eine wirtschaftlich starke Region"

Vorlage: AN/083/2022

Herr Kalich begründet den Antrag der Fraktion Die LINKE.

Zur Diskussion sprechen Herr Thrum, Herr Kleindienst, Herr Dr. Rebelein und Herr Herrgott. Herr Thrum bezeichnet den Antrag als „Schaufensterantrag“, der den Landkreis nicht weiterbringt.

Herr Kleindienst äußert, dass er dem Antrag nicht zustimmen werde, da er sich nicht vorschreiben lasse, was in der Fraktion besprochen wird.

Herr Dr. Rebelein stellt klar, dass es darum gehe, zu analysieren, wie der Saale-Orla-Kreis wirtschaftlich aufgestellt ist und welche Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen sind.

Herr Herrgott betont, dass seine Fraktion dem Antrag im vorliegenden Wortlaut keine Zustimmung erteilen kann. Es sind darin aber eine Reihe Anregungen erhalten, die im zuständigen Ausschuss beraten werden sollten. Im Ergebnis sollte ein abgeänderter Beschlussvorschlag dem Kreistag vorgelegt werden, der Anregungen aller Fraktionen enthält. Er stellt den **Antrag auf „Verweis des Antrages in den Wirtschaftsausschuss“**.

Die einreichende Fraktion erklärt ihr Einverständnis zur vorgeschlagenen Verfahrensweise.

Der Kreistag fasst mit

**23 Ja-Stimmen,
11 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises verweist den Antrag der Fraktion Die LINKE – Der Saale-Orla-Kreis – eine wirtschaftlich starke Region – (AN/083/2022) in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Regionalplanung.“

212-18/2022

Zu TOP 5.4 Antrag der UBV-Fraktion - Bevorstehenden Kollaps des Gesundheitswesens im Saale-Orla-Kreis abwenden

Vorlage: AN/084/2022

Herr Meyer begründet den Antrag der UBV-Fraktion. Er weist darauf hin, dass durch die einrichtungsbezogene Impfpflicht die Personalsituation im Gesundheitswesen noch weiter verschärft werde und dadurch weitere negative Folgen für die medizinische und pflegerische Versorgung der Menschen abzusehen sind.

Mit dem Antrag soll der Landrat als Dienstherr des Gesundheitsamtes beauftragt werden, dafür Sorge zu tragen, dass alle Beschäftigten auch weiterhin ihrer Arbeit im Gesundheitsbereich

nachgehen können. Es soll das Signal an die Betroffenen gehen, dass sich keiner einen anderen Arbeitsplatz suchen muss, sondern seinen erlernten Beruf ausüben kann. Eine Impfung müsse auch weiterhin eine freie Entscheidung jedes einzelnen bleiben.

Der Landrat betont, dass er den Antrag im Hause juristisch hat prüfen lassen und überträgt das Wort an die Juristin, Frau Dr. Spitzweg.

Frau Dr. Spitzweg führt aus, dass es sich hier um ein Bundesgesetz handelt und der Kreistag nicht über ein Bundesgesetz oder dessen Anwendung entscheiden kann. Aus diesem Grund muss der Kreistag zunächst darüber abstimmen, ob eine Befassung und Entscheidung zum Beratungsgegenstand zulässig ist. Dazu muss ein Geschäftsordnungsbeschluss herbeigeführt werden.

Der Landrat betont nachdrücklich, dass er nicht bereit ist, über das Bundesinfektionsschutzgesetz hier im Kreistag zu befinden. Das ist Sache des Bundestages. Der Versuch einzelner Parteien, das Gesetz beim Bundesverfassungsgericht zu kippen, ist gescheitert. Deshalb macht es auch keinen Sinn, über den Inhalt dieser Gesetzlichkeit zu diskutieren.

Der Landrat stellt den **Geschäftsordnungsantrag auf „Nichtbefassung“**.

Herr Kleindienst führt zu diesem Geschäftsordnungsantrag Gegenrede.

Er betont, dass er den Antrag ablehnt. Richtig ist, dass der Kreistag nicht über ein Bundesgesetz befinden kann. Es ist aber auch richtig, dass in dem Infektionsschutzgesetz steht, dass das Gesundheitsamt bzw. der Landrat über das Betretungsverbot und die Bußgelder zu entscheiden hat. Deshalb sieht er die Zuständigkeit des Kreistages gegeben. Sollte es eine Mehrheit für den „Nichtbefassungsantrag“ geben, kündigt er bereits jetzt eine rechtliche Prüfung an.

Er kann die Haltung nicht nachvollziehen, zumindest hätte über den Antrag beraten und entschieden werden können. Der Landrat hat die Möglichkeit der Beanstandung eines gefassten Beschlusses und die entsprechende Stelle müsste dann entscheiden, ob er dies berechtigt oder unberechtigt tat. Herr Kleindienst wirbt dafür, dem Geschäftsordnungsantrag nicht zuzustimmen, sondern über den Antrag der UBV-Fraktion abzustimmen.

Während der Ausführungen entschuldigt sich um 16:00 Uhr Frau Kanis für die restliche Dauer der Sitzung.

Es folgt die Abstimmung über den **Geschäftsordnungsantrag des Landrates auf „Nichtbefassung“**.

Dem o.g. **Geschäftsordnungsantrag** wird mit

**16 Ja-Stimmen,
15 Gegenstimmen und
4 Stimmenthaltungen**

zugestimmt.

Dieser Geschäftsordnungsbeschluss wird sofort vollzogen. Somit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

Zu TOP 6 Informationen/Sonstiges

- **Beschlusskontrolle**
Die Übersicht mit dem Abarbeitungsstand der Beschlüsse des Kreistages wurde mit den Unterlagen allen Kreistagsmitgliedern zugestellt.
- Das **Zahlenmaterial des Jobcenters** wurde den Fraktionsvorsitzenden vor Sitzungsbeginn übergeben.
- Information zum aktuellen **Sachstand Corona-Pandemie**
Der Landrat informiert, dass am heutigen Tag eine Inzidenz von 102 im SOK zu verzeichnen ist. Tendenziell steigen in Deutschland die Fallzahlen deutlich an.

Bezugnehmend auf die vorangegangenen Ausführungen zum Antrag der UBV-Fraktion bezeichnet es der Landrat als eine böswillige Unterstellung, dass im Gesundheitsamt nichts dagegen getan werde, einen „Kollaps im Gesundheitswesen“ zu vermeiden. Was nicht stattfinden wird, dass man sich außerhalb des Bundesgesetzes bewegen werde.

Im Thüringer Vergleich, so schätzt der Landrat ein, befindet sich der SOK hinsichtlich der vorgegebenen Umsetzungsschritte deutlich im Rückstand. D.h. es wurden weder die Personen angeschrieben, dass sie ihren Impfnachweis erbringen müssen, noch wurden Ordnungsgelder verhängt oder gar Betretungsverbote ausgesprochen. Das hat ganz objektive Gründe in der inneren Organisation im Haus (personelle Veränderungen im FB3). Es wird daran gearbeitet, wir sind aber im Vergleich zu anderen Landkreisen deutlich im Rückstand. Es gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit, um am Ende nicht an Verfahrensfehlern bei möglichen juristischen Auseinandersetzungen zu scheitern.

Der Landrat betont, dass er sich in erster Linie, so wie es im Infektionsgesetz steht, für die Sicherheit und Wirksamkeit im Gesundheitswesen verantwortlich fühlt. Aus diesem Grund habe er auch ggü. der Presse immer betont, dass es nicht zu harten Einschnitten kommen werde.

- Information **Sachstand Flüchtlingskrise**
Die Fachdienstleiterin Ausländerwesen/Integration, Frau Pieter-Junge, informiert den Kreistag über den aktuellen Stand der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge im Saale-Orla-Kreis. Mit heutigem Stand wurden 718 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, von denen bereits 2/3 elektronisch erfasst sind. Das Alter der Geflüchteten erstreckt sich auf die Geburtsjahre von 1936 bis 2022. Über 500 Personen sind weiblich und 300 sind Kinder und Jugendliche, etwa 100 im Kleinkindalter und der Rest im Schulkindalter. Zur Unterbringung in Schule und Kita gibt es keine gesicherte Datenerfassung.
Frau Pieter-Junge schildert, was seit März/April durch das Landratsamt und insbesondere den Fachdienst zur Vorbereitung der Aufnahme der Flüchtlinge unternommen wurde und welche Probleme es seit Beginn der Krise bis heute zu bewältigen gab und weiterhin geben wird.
Neben dem Transfer ukrainischer Flüchtlinge erfolgen zusätzlich weitere Transfers von afghanischen Ortskräften, Folgeantragstellern und „gewöhnlichen Asylbewerbern“.
Größte Anstrengungen liegen derzeit auf der Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten, da dort die Grenzen zeitnah erreicht sind. Zurzeit gibt es noch 200 freie Plätze in den Unterkünften, die ca. bis Mitte Juli ausreichen.

Frau Pieter-Junge richtet den Appell an die Anwesenden, dem Landkreis mitzuteilen, wenn es in den Kommunen Möglichkeiten der Unterbringung gibt, vor allem mit größeren Aufnahmekapazitäten, nicht nur Wohnungen.

Weiter führt sie aus, dass sich mit dem Rechtskreiswechsel die Zuständigkeiten weg vom Landratsamt hin zum Jobcenter geändert haben. D.h., dass die Leistungen und die Sozialbetreuung durch das Jobcenter geleistet werden müssen. Das funktioniert gegenwärtig noch nicht zufriedenstellend. Über 400 Geflüchtete erfüllen bereits die Voraussetzungen für den Rechtskreiswechsel und es wird davon ausgegangen, dass ab Juli zumindest für die Hälfte die Leistungsauszahlung durch das Jobcenter übernommen wird. 50 Personen erfüllen nicht die Voraussetzungen und haben somit Anspruch auf Grundsicherung, was wiederum den Kreishaushalt belastet. Etwa 20 Mitarbeiter des Hauses unterstützen den Fachdienst zusätzlich bei der Erfüllung der Aufgaben.

Der Landrat richtet die Bitte an die Landespolitiker, sich für die 100%ige Refinanzierung der Kosten durch das Land einzusetzen.

Nachfragen, die durch Frau Pieter-Junge beantwortet werden, gibt es von Herrn Thrum, Herrn Weigelt, Herrn Dr. Kleebusch und Herrn Kleindienst, u.a. zu den Themen Stand der Abschiebungen, Unterbringung, Pläne des Landkreises zur Unterbringung in weiteren Turnhallen, Anzahl männlicher Flüchtlinge und Altersstruktur, Aufwendungen für Grundsicherung u.a.

- **Sachstand Nachtragshaushalt 2022**

Der Landrat informiert, dass der Beschluss eines Nachtragshaushaltes aus seiner Sicht nicht erforderlich ist.

Der Fachdienstleiter Finanzen, Herr Unger, schildert, welche nachfolgenden Faktoren die Verwaltung bewogen haben, einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2022 einzubringen. Der Landkreis kann mit Mehreinnahmen in Höhe von 721 T€ aus dem Landesausgleichstock rechnen, die mit der HH-Würdigung angekündigt wurden. Ein Bescheid liegt noch nicht vor.

Im Rahmen der Flüchtlingskrise treffen bestimmte Ausgaben den Kreishaushalt, trotz der derzeitigen Kostenübernahmeerklärung durch das Land.

Im laufenden Haushalt gibt es Mehrausgaben, aber auch Mindereinnahmen.

Bei SGB II werden durch Ukraine Flüchtlinge und Krankenpflegeleistungen 1,1 Mio. € mehr benötigt.

Inzwischen liegt vom KfA ein Entwurf für 2023 vor, der für die Kommunen sehr günstig aussieht und konkret ist, so dass die Verwaltung erwogen hat, alle Kraft für die Erstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 einzusetzen und auf einen Nachtrag zu verzichten.

Ein Zeitplan für die HH-Erstellung, Beratung und Beschlussfassung wird in dieser Woche erarbeitet und abgestimmt.

- **Jugendparlament**

Der Landrat richtet die Bitte an die anwesenden Vertreter des Jugendparlamentes, die Sommerpause zu nutzen und konkrete Personen zu benennen, die in Zukunft in den Gremien des Kreistages mitarbeiten sollen.

Herr Thrum bezieht sich auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht und die Protestbewegung, die es seit vielen Monaten im Landkreis gibt und fordert den Landrat auf, die Bußgeldverfahren, die für das Abstellen von Friedenslichtern zur Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens vor dem Landratsamt erlassen wurden, einzustellen.

Der Landrat bezeichnet die Darstellungen von Herrn Thrum als verfehlt. Er habe immer behauptet, der Landrat habe die Polizeieinsätze in Schleiz initiiert. Das ist eine Lüge, da völlig klar ist, dass der Landrat keine Weisungsbefugnis über die Polizei hat. Er fordert Herrn Thrum auf, diese Argumentation zu unterlassen.

Weiterhin habe Herr Thrum, auch in den sozialen Medien, behauptet, dass für das Abstellen der Kerzen die Demonstrierenden Ordnungsstrafen bekommen haben. Das ist ebenfalls eine Lüge.

Der Landrat betont abschließend, dass er bei einer ordentlichen Argumentation gern bereit ist, die Probleme mit Herrn Thrum zu diskutieren, aber nicht auf „Lügenbasis“.

Zu TOP 7 Anfragen

Die Antworten zu den schriftlich eingereichten Anfragen der Fraktion Die LINKE vom 10.05.2022 bzgl. Stand von Baumaßnahmen sowie zu den Anfragen der AfD-Fraktion vom 12.05.2022 bzgl. Ordnungswidrigkeitsverfahren nach dem Infektionsschutzgesetz wurden vor Sitzungsbeginn verteilt.

Herr Dr. Rebelein bezieht sich auf einen OTZ-Beitrag vom 08.06.22, in dem ein Gipfeltreffen zur Linkenmühlenbrücke angekündigt wird. Er fragt den Landrat, ob das Ergebnis Gegenstand im Kreistag bzw. zuständigen Ausschuss sein wird.

Der Landrat informiert, dass dieses Treffen auf den 25.07.2022 terminiert ist. Sollte es zu grundlegenden Beschlüssen in diesem Gremium kommen, wird der Kreistag darüber informiert.

Weitere Anfragen gibt es nicht.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 18. Sitzung des Kreistages um 17:00 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Fügmann
Landrat

Kerstin Täumel
Schriftführerin